

# **selbsthilfegruppenjahrbuch**

# **1999**

**DAG SHG**

senschaftliche Begleitforschung des Bundesmodells »Informations- und Unterstützungsstellen für Selbsthilfegruppen« veröffentlichte in dem 1989 vorgelegten Zwischenbericht, daß Leistungen von Selbsthilfegruppen langfristig zu kostenreduzierenden Wirkungen in verschiedenen Sektoren des Sozial- und Gesundheitssystems führen.

Auch die anderen, damals noch rechtlich selbständigen Innungskrankenkassen in Schleswig-Holstein berichteten von positiven Aspekten aus der Zusammenarbeit mit der Selbsthilfe. Unsere Erfahrungen konnten wir in die Beratungen des IKK-Bundesverbandes zur Erstellung eines Konzeptes für die Selbsthilfeförderung einbringen. Aufgrund der dort erarbeiteten Empfehlungen konnten wir für die im Jahre 1994 neu geschaffene IKK Schleswig-Holstein Richtlinien erstellen, die bis heute ihre Gültigkeit haben. Nach diesen Richtlinien wurden der Selbsthilfe in Schleswig-Holstein auch im Jahre 1998 1 DM pro IKK-Mitglied zur Verfügung gestellt. Das sind auf das Land bezogen ca. DM 80.000. Dieser Betrag wird nach folgendem Schlüssel verteilt:

DM 0,50 an die Selbsthilfekontaktstellen,

DM 0,35 an die Selbsthilfegruppen,

DM 0,15 an die Selbsthilfedachverbände auf Landesebene.

Während die Mittelvergabe an die Dachverbände über die Direktion erfolgt, liegt die Verteilung an die Selbsthilfegruppen in der Zuständigkeit der Geschäftsstellenleiter. Dieses gilt auch für die Kontaktstellen-Förderung. Hierfür wird die Förderhöhe durch die Direktion vorgegeben.

Die IKK Schleswig-Holstein würde es sehr begrüßen, wenn auch die anderen Krankenkassen zu einer institutionellen Förderung der Kontaktstellen bereit wären. Die häufig signalisierte Bereitschaft, einer Projektförderung gegenüber aufgeschlossen zu sein, hat unseres Erachtens dann ihre Grenzen, wenn für die Basisarbeit der Kontaktstelle die Mittel fehlen. Wenn dort keine personellen Ressourcen vorhanden sind, können auch keine sinnvollen Projekte durchgeführt werden. Eine offensive Förderung der Selbsthilfe ist gerade in Zeiten der knappen Kassen erforderlich, da hier Einsparpotentiale optimal ausgenutzt werden können.

Klaus Leuchter ist als Mitarbeiter der IKK in Schleswig-Holstein für Gesundheitsmanagement zuständig. Diesen Vortrag hielt er am 3. November 1998 auf der Tagung »Selbsthilfekontaktstellen unterstützen bürgerschaftliches Engagement« in Kiel. Die im Vortrag erwähnten Befragungsergebnisse sind in ausführlicherer Form veröffentlicht in NAKOS-Extra Nr. 14 vom Dezember 1991.

## **Selbsthilfegruppen und Kommunalpolitik – Wenn das Handlungswissen fehlt**

### **Sachstandsanalyse: Selbstbewußtsein ist angesagt**

Das Dilemma vieler Kommunalpolitiker, insbesondere in den Kreisen und Gemeinden, ist es, über zu geringe Kenntnisse über Selbsthilfegruppen zu verfügen. Zwar hat man schon einmal davon gehört (Aids-Hilfe oder Rheuma-Liga), doch glauben nach wie vor viele, vor Ort weniger betroffen zu sein. Es wird in der Regel als ein Phänomen der Großstädte hingestellt. Das Dilemma vieler Betroffener, die sich organisiert haben bzw. die sich organisieren wollen, hingegen ist es, über zu geringe Kenntnisse der kommunalen Entscheidungsprozesse und der kommunalen Politikakteure zu verfügen. Wer ist der richtige Ansprechpartner? Welche Möglichkeiten gibt es, den kommunalpolitischen Diskussionsprozeß in Gang zu bringen?

In der Selbsthilfe-Szene hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten eine »stille Revolution« ereignet. Innerhalb weniger Jahre entstanden eine Vielzahl von Selbsthilfegruppen und -Initiativen, die inzwischen auf mehreren Ebenen institutionalisiert sind oder weiterhin nur lokal aktiv sind. Heute zählt die »Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen (DAG SHG)« rund 70.000 Selbsthilfegruppen mit bis zu drei Millionen Mitgliedern. Längst finden sich auch in ländlichen Gegenden Menschen zu solchen Gruppen zusammen, oft nur wenig von Öffentlichkeit und Politik beachtet. Dort fehlt es – im Gegensatz zu den größeren Städten – meist noch an einer vernetzenden Unterstützungsstruktur, die den vielen Initiativen eine Stimme im Konzert der lokalen Handlungsakteure verleiht.

Daß diese Gruppierungen ernst genommen werden, belegt u. a. das gewachsene Interesse der Pharma-Industrie, aber auch der Medien. »Die Entdeckung des Patienten« lautete schon vor zwei Jahren die Schlagzeile eines Kommentars im »Rheinischen Merkur«, der die veränderten gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Selbsthilfegruppen skizzierte. Die Tatsache, daß das Neusser Pharma-Unternehmen Janssen-Cilag GmbH im März 1999 seinen fünften Zukunftskongreß unter das Motto »Der Patient im Mittelpunkt« durchführte, beschreibt eine veränderte Blickrichtung und Akzeptanz. Ob der Patient damit gleich zu einer »neuen Macht im Gesundheitswesen« wird, wie der 1. Deutsche Selbsthilfekongreß im September 1998 in Bad Homburg suggerierte, mag dahingestellt bleiben. Doch richtig ist, daß eine Neupositionierung der Gewichte im politischen Kräftefeld stattgefunden hat und diese Entwicklung noch nicht zu Ende ist. Nun gilt es, sich diese Rahmenbedingungen zu Nutze zu machen. Dazu braucht es des notwendigen Handlungswissens. In welchen politischen Strukturen mit welchen politischen und gesellschaftlichen Akteuren kann die Selbsthilfebewegung auf kommunaler Ebene verstärkt Einfluß gewinnen, um ihre Ziele umzusetzen?

Bei all diesen Aktivitäten ist Selbstbewußtsein angesagt. Die noch vor zehn bis zwölf Jahren zur Schau getragene geringe Selbstbewußtsein, wenn andere Akteure (Kommunalpolitiker, Krankenkassen, Ärzte, Pharma-Industrielle) sich herabließen, mit einer Selbst-

hilfegruppe Kontakt aufzunehmen und zu pflegen, ist heute fehl am Platze. Sie haben etwas zu bieten. Das hat einen Wert für die Gesellschaft. Und wer etwas für die Gesellschaft leistet, hat auch Anspruch auf deren Förderung und Unterstützung.

## **Aktuelle Diskussionszusammenhänge**

Wer mit der Kommunalpolitik und anderen kommunalpolitisch relevanten Akteuren ins Gespräch kommen möchte, muß natürlich beachten, daß diese Menschen von sehr vielen Interessengruppen in Anspruch genommen werden, damit viele verschiedene Interessen zu berücksichtigen und auszugleichen haben. Deshalb ist es wichtig, möglichst viele aktuelle Diskussionszusammenhänge bei der eigenen Ansprache zu berücksichtigen, also potentielle Synergie-Effekte auszuloten. An dieser Stelle können logischerweise weniger die kleinen individuellen lokalpolitischen Diskussionen angeführt werden, sondern nur die generellen Trends und Entwicklungslinien.

Dabei möchte ich zwei Ansätze ins Feld bringen. Zum einen spielen Selbsthilfegruppen in verschiedenen Politikfeldern eine zunehmend bedeutungsvollere Rolle. Hierzu zählen nicht nur die Gesundheits- und Sozialpolitik, sondern auch die Familien-, Finanz- und Standortpolitik. Zum anderen sind thematische Gesamtkomplexe zu beachten, in denen der Bereich »Selbsthilfe« zur Zeit diskutiert wird. Dabei denke ich an die Diskussion zum Themenkomplex »Ehrenamt«, »Bürgerbeteiligung« und »Verwaltungsreform«. Im folgenden möchte ich gern zu den genannten Punkten Argumentationsansätze anführen.

### **Gesundheitspolitik**

Die gegenwärtige Diskussion in der Gesundheitspolitik wird nahezu ausschließlich von finanziellen Aspekten geleitet. Die Chance der inhaltlichen Neuformulierung im Zusammenhang mit den anstehenden Reformen zu nutzen wird vernachlässigt. Dabei weisen die Trends eindeutig in die Richtung einer vermehrten Bedeutung der gesundheitlich ausgerichteten Selbsthilfegruppen. Belege sind zum Beispiel die hohe Rate der chronisch kranken Kinder und Jugendlichen. Heute gelten 25 Prozent der bis unter 19jährigen als chronisch krank. Das sind Menschen, die ein Leben lang mit dieser Krankheit leben und leben lernen müssen. Die dringend notwendige psychosoziale Begleitung erfüllt das professionelle Gesundheitswesen, das auf Apparatemedizin setzt, völlig unzureichend. In diese Lücke sprangen und springen Selbsthilfe-Initiativen. Ihre »erlebte Kompetenz«, die sie im alltäglichen Umgang mit der chronischen Krankheit erworben haben, wird zunehmend mehr gefragt.

Der enorme Fortschritt der Medizin führt in einem weiteren Zusammenhang zu neuen Problemen. Immer mehr Menschen werden immer älter, aber auch kränker. Multi-Morbidität lautet das Stichwort. Auch diese Krankheitsprozesse im Alltag müssen gelebt und psychosozial aufgefangen werden. Auf dem Hintergrund der nachlassenden Wirkung familiärer Sozialstrukturen gewinnen – gerade für ältere Menschen – die Selbsthilfegruppen eine neue Bedeutung.

In der Diskussion wird nicht selten darauf hingewiesen, daß die Förderung – und wenn auch bloß verbal und ideell – der Selbsthilfegruppen dazu beitrage, Gelder einzusparen. Wer dies als alleiniges Ziel nennt, hat den Sinn der Selbsthilfegruppen nicht erkannt. Derartige Gesprächspartner müssen erst begreifen lernen, daß mit diesen Initiativen der

Hilfe zur Selbsthilfe mehr verbunden ist. Nicht zuletzt deshalb ist selbstbewußtes Auftreten angebracht.

### **Sozialpolitik**

1998 lebten in Deutschland 2,9 Millionen Menschen von der Sozialhilfe. Die Ursachen sind vielfältig. Eine Hauptursache ist Trennung bzw. Scheidung. Doch wie immer dies auch begründet wird, so bleibt doch der Umstand bestehen, daß eine als Nothilfe ersonnene Hilfsstruktur für immer mehr Menschen zur normalen Einkommensstruktur wird. In Kombination zum Beispiel mit der Tendenz der Globalisierung wächst für sozial schwache Menschen die Kluft zwischen den Herausforderungen des Alltags und der eigenen Kompetenz, diese zu bewältigen. Daraus erwachsen wiederum neue soziale Spannungen.

Die geringen finanziellen Gestaltungsspielräume der öffentlichen Haushalte werden die administrativ-politischen Akteure des Staates bei anhaltender Reform-Unfreudigkeit an das Ende ihrer Handlungsfähigkeit bringen. Daraus ergibt sich die dringende Herausforderung, neue Akteure und Strukturen zu etablieren, die Eigenverantwortung verlangen und fördern, die soziale Handlungskompetenzen erleben und vermitteln und die Perspektiven aus der Gegenwart in die Zukunft aufweisen bzw. entwickeln. Hierin liegt die Stärke der Selbsthilfebewegung.

Eine zukunftsorientierte und vorausschauende Sozialpolitik wird künftig nur noch erfolgreich sein, wenn sie in enger dialogorientierter Abstimmung mit diesen neuen und alten sozialen Bewegungen steht. Denn diese Bewegungen bilden sich meist erst, wenn bestehende Angebote unflexibel auf akute Bedürfnisse reagieren. Der Dialog erlaubt, das »Gras wachsen zu hören«.

### **Familienpolitik**

Die Situation der Familien ist durch einen tiefgreifenden Wandel gekennzeichnet. Nicht nur Familienstrukturen pluralisieren sich, sondern darüber hinaus verändert sich die Qualität der Beziehungen zwischen den Familienmitgliedern, der Erziehungseinstellungen und -ziele sowie der Beziehungen der Generationen untereinander. Dazu tragen in erster Linie ein neues Selbstverständnis der Frau bei, die zunehmende Geschwisterlosigkeit der Kindheit, aber auch die wachsende Scheidungszahl von Ehen bzw. ehe-ähnlichen Lebensgemeinschaften sowie – damit einhergehend – zahlreiche neue familiäre Formen.

Eine weitere Blickrichtung zielt auf die Beziehungsmöglichkeiten innerhalb einer Familie: Waren zum Beispiel im Jahr 1900 von je 1.000 Haushalten 444 Haushalte mit mindestens fünf Personen versehen, so sind es heute nur noch 48 Haushalte. Längst ist der Trend zur onkellosen Gesellschaft ausgemacht. Die Folgen für schicksalähnliche Lebenssituationen liegen auf der Hand. Wo früher ein Familienmitglied zur Hand war, ist man heute auf eine fremde und bezahlte Dienstleistung angewiesen. Auch diese Entwicklung ist auf Dauer menschlich wie sozialstaatlich nicht ertragbar. Es braucht neue Formen sozialer Netzwerke. Das können Selbsthilfegruppen sein.

### **Finanzpolitik**

»Wer soll das bezahlen?« – Mit diesen Worten beginnt nicht nur ein schöner Karnevals-schlager, diese Worte werden auch immer häufiger zum Gegen- oder Todschlagargument der Kämmerer in den Kommunen, wenn es um neu zu institutionalisierende soziale

Dienstleistungen geht. Dabei steht grundsätzlich außer Frage, daß auch hier finanziell investiert werden muß. Doch dank einer Münchener Studie (»Was Selbsthilfe leistet...?«) eines Autorenteam um Dietrich Engelhardt, wissen wir nun auch, welchen gesellschaftlichen Nutzen – in der Einheit DM ausgedrückt – die Selbsthilfegruppen erbringen. Nach diesen Untersuchungen fällt auf einer Fördersumme von 100 DM pro Selbsthilfegruppe im Durchschnitt eine Wertschöpfung von 331 DM. Bei gesundheitlichen Selbsthilfegruppen ist dieser Wert noch höher (100 zu 587). Das kommunalpolitische Problem ist dabei nur, daß die Investitionskosten aus der Stadtkasse kommen, während der Nutzen sich in anderen Kassen (zum Beispiel der Krankenkassen) bemerkbar machen. Wir werden also auch in diesem Zusammenhang auf Dauer eine Systemdiskussion in der Finanzpolitik führen müssen.

### **Standortpolitik**

Lange Zeit siedelten sich Unternehmen dort an, wo Bodenschätze gefunden wurden. Mit den Unternehmen kamen die Arbeitnehmer und deren Familien sowie eine entsprechende mittelständische Versorgungsstruktur. Je mobiler die Gesellschaft wurde, umso wichtiger wurde die Verkehrsinfrastruktur. Immer mehr bevorzugten Unternehmen Ansiedlungsgebiete, die verkehrsgünstig gelegen waren, so zum Beispiel Häfen, Bahnhöfe, Autobahnkreuze. Im Zeitalter der Wissens- und Informationsgesellschaft, wo der Standort von Unternehmen und der Arbeitsplatz des Mitarbeiters Hunderte von Kilometern auseinander liegen können, gewinnen andere Faktoren an Bedeutung für eine Standortentscheidung und damit als Gewerbesteuerereinnahmequelle. Es sind dies die sogenannten weichen Faktoren: Kultur, Kindergärten, Schulen, Grünanlagen, Erholungs- und Freizeitangebote. Im wachsenden Maße werden auch Selbsthilfestrukturen dazu zählen, denn je mehr Menschen mit chronischen Erkrankungen ihren Alltag – auch ihren Arbeitsalltag – bewältigen müssen, umso wichtiger werden psychosoziale Begleitungsmöglichkeiten – wie die Selbsthilfe.

### **Ehrenamt-Diskussion**

Traditionelle Institutionen und Vereinigungen (wie zum Beispiel die Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Wohlfahrtsverbände) klagen über Nachwuchsmangel und Mitgliederschwund. Andere soziale Bewegungen (wie zum Beispiel Bürgerinitiativen, Umweltverbände, Selbsthilfegruppen) vermeldeten in den letzten Jahren regen Zulauf. Waren in den im Bundestag vertretenen Parteien 1998 gerade einmal 1,8 Millionen Menschen Mitglied, so konnte sich die deutsche Umweltbewegung im April 1998 über fünf Millionen Mitglieder freuen, die Selbsthilfebewegung – es wurde bereits erwähnt – schätzt sich auf drei Millionen Mitglieder.

Insgesamt betrachtet sind nach wie vor sehr viele Menschen in Deutschland bereit, sich zeitweise und in überschaubarem Maße ehrenamtlich zu engagieren. Doch daraus soll keine Verpflichtung für das ganze Leben werden. Auch soll es Spaß machen, es darf nicht mehr nur Pflicht um der Ehre willen sein. Ein Paradigmenwechsel hat sich ganz deutlich entwickelt, der allerdings im kommunalpolitischen Bewußtsein noch nicht so niedergeschlagen ist. Die Rahmenbedingungen berücksichtigen noch eher die bisher vorherrschenden Strukturen.

Auch hier gilt es für die Kommunen, sich für diese neuen Bewegungen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu öffnen, die Rahmenbedingungen neu zu stecken. In dem Zusam-

menhang sollten Informationen und Ratschläge der Selbsthilfegruppen-Aktiven an die Kommunalpolitik nicht fehlen.

### **Bürgerbeteiligung / Verwaltungsreform**

Der Zwang der knappen öffentlichen Kassen setzen die öffentlichen Verwaltungen unter Handlungsdruck. Reformen werden angemahnt und umgesetzt. Verwaltungsvereinfachung, Verschlanung, Lean Management und anders lauten die Stichworte, unter denen dieser Prozeß durchgeführt wird. Dabei spielt die Orientierung des Verwaltungshandelns am Bedürfnis der Bürger eine große Rolle. Ihre Beteiligung an den kommunalen Entscheidungsprozessen wird mehr und mehr zu einem Dogma. Auch dies ist ein interessantes Umfeld für die Selbsthilfegruppen, sich aktiver einzumischen und Einfluß zu nehmen.

### **Lokale Handlungsbedingungen**

Die lokalen Handlungsbedingungen werden bestimmt von den Akteuren, den politischen Strukturen sowie den kommunalpolitischen Inhalten.

### **Akteure**

Jede Kommune ist zur Daseinsvor- und -fürsorge verpflichtet. Diese Pflicht ist von den zuständigen kommunalen Verwaltungen umzusetzen. Zuständig sind die jeweiligen Gesundheitsämter oder Sozialämter bzw. die im Zuge der Verwaltungsreform ggf. unter einem neuen Namen firmierenden Verwaltungsfachbereiche. In größeren Städten (kreisfreie Städte) sind diese Ämter in jedem Fall vor Ort zu finden. In den Stadtstaaten können diese Anlaufstellen auch dezentral in den Bezirken untergebracht sein. In kleineren Städten und Gemeinden, die als kreisangehörig bezeichnet werden, ist die Kreisebene, also der Verwaltungszusammenschluß von mehreren kreisangehörigen Städten und Gemeinden, die zuständige Verwaltungsebene. Der oberste Behördenchef ist hier in der Regel die / der von der Bevölkerung zumeist direkt gewählte Landrätin / Landrat. Die nächste Verwaltungsebene stellen die Dezernenten dar, von denen einer für die Gesundheits- und Sozialangelegenheiten zuständig zeichnet. Darauf folgen die Amts- oder Fachbereichsleiter sowie dann je nach Größe der Behörde die Abteilungsleiter und jeweiligen Sachbearbeiter. Es empfiehlt sich immer ein persönlicher Kontakt – zumindestens zu Anfang –, damit ein jeder auch optisch weiß, mit wem man es zu tun hat.

Die politische Ebene stellt entweder der Stadtrat oder der Kreistag oder der jeweilige Bezirksrat dar. Über die kommunale Ebene hinaus gilt als zuständige Fachbehörde in der Regel das jeweilige Landesfachministerium. In manchen Bundesländern, so in Nordrhein-Westfalen, sind noch andere Verwaltungsbehörden dazwischen geschaltet. Immer dann, wenn die Verwaltungen den Wünschen der Bürger/innen nicht nachkommen glauben zu können oder zu wollen, kann die politische Ebene dann doch eine anders geartete Entscheidung treffen. Sie hat das alleinige Entscheidungs- und Handlungsrecht. Doch für jede Entscheidung braucht es Mehrheiten.

Bevor der Stadtrat oder der Kreistag zu einer Entscheidung gelangt, werden die anstehenden Sachanträge im jeweiligen Fachausschuß vorberaten. Das Tagesordnungsrecht hat immer der / die Ausschußvorsitzende. Mit dieser Person ist ein entscheidender Ansprechpartner genannt. Wenn Sie ihn überzeugen, steht die Sache zur Diskussion.

Sollte die / der Ausschußvorsitzende keine Kraft haben, sich gegen den Willen der Verwaltung durchzusetzen, bleibt ihnen immer noch offen, die politischen Parteien einzuschalten.

Die Stadträte bzw. Mitglieder des Kreistages oder Bezirksrates schließen sich in der Regel zu Fraktionen zusammen. Eine Fraktion verfügt meist über das Recht, einen ihr wichtigen Sachstand auf die Tagesordnung eines Gremiums setzen zu lassen. Ein einzelner Stadtrat hat diese Macht nicht. Er ist dann auf das Entgegenkommen des / der Ausschußvorsitzenden angewiesen. Dann werden die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden zu den wichtigen Ansprechpartnern. Als partei-unabhängiger Selbsthilfefverband ist es grundsätzlich empfehlenswert, sich an alle im Gremium vertretenen Fraktionen zu wenden. Es obliegt dann den Akteuren, dieses Anliegen aufzugreifen oder nicht. Wer »seine« Abgeordneten in seinem Wahlkreis an seinem Wohnort kennt, sollte eine informelle Vorbereitung durchführen. Das kann noch weiterhelfen, auch den einen oder anderen Tip vermitteln. Unterlassen Sie es jedoch, bewußt den einen Stadtrat in ihrem Wahlkreis gegen den anderen auszuspielen.

Einzelne Personen haben schließlich das Recht, sich persönlich an den (Ober-)Bürgermeister zu wenden. Die Gemeindeordnungen der meisten Bundesländer kennen ein Recht der Einwohner, Themen in einer bestimmten Form auf die Tagesordnung setzen zu lassen. In Nordrhein-Westfalen handelt es sich dabei um § 24 der Gemeindeordnung. Die eingebrachte Anregung muß im dafür zuständigen Ausschuß behandelt und entschieden werden. Der eingebende Bürger hat Anspruch auf eine Antwort.

Eine öffentliche Begleitung der von Ihnen als wichtig angesehenen Thematik durch die lokalen Medien sollte nicht außer Betracht bleiben. Allerdings sollte diese Medienarbeit nicht vor der offiziellen Ansprache an die Politik erfolgen, sondern höchstens parallel, eher etwas später zur Unterstützung ihrer eigenen Argumentation. Medien helfen, Themen auf die Tagesordnung zu hieven. Sie tragen erfolgreich dazu bei, worüber Menschen nachdenken sollen.

Nicht zu unterschätzen ist ein gemeinschaftliches Vorgehen. Daher empfiehlt sich in jedem Fall ein vernetztes und koordiniertes Vorgehen möglichst vieler Selbsthilfegruppen und -Initiativen. Das hilft nicht nur, Konkurrenz- und Neidgefühle innerhalb der Selbsthilfe abzubauen, sondern es trägt auch zur Stärkung der eigenen Position bei. Die Selbsthilfe spricht kommunal mit einer Stimme und wird daher auch eher gehört und verstanden sowie akzeptiert werden. Kontaktstellen sind – wenn sie nicht bereits als kommunale Struktur vorhanden sind – zu schaffen. Sie bleiben die idealen Partner einer vielfältigen kommunalen Selbsthilfe-Szene.

Doch darüber hinaus sollten weitere gesellschaftlich relevante Akteure als Verbündete gesucht und gewonnen werden. Das können die Kirchen sein, aber auch die Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt, Caritas-Verband, Deutsches Rotes Kreuz, Paritätischer) oder lokal bekannte Persönlichkeiten (Vorsitzender einer Stiftung, eines Aufsichtsrates, Alt-Bürgermeister etc.). Mit welchem dieser Akteure decken sich ihre Zielsetzungen, wo lassen sich Synergie-Effekte erzielen, wer verfügt über gute Kontakte zur Politik bzw. Verwaltung?

### **Politische Strukturen und Entscheidungswege**

Schon Max Weber wußte, daß die Politik ein »Bohren dicker Bretter« ist, bei dem »Augenmaß und Leidenschaft« gebraucht werden. Das trifft auch noch heute zu. Es ist selten, daß konkrete Wünsche, Anregungen und Anträge zeitnah umgesetzt werden kön-

nen. Sobald die Realisierung Geldmittel erfordert, greift das Haushaltsrecht. Da kann es kompliziert werden, zumal wenn kein Haushaltstitel dafür vorgesehen ist oder Finanzmittel grundsätzlich nicht zur Verfügung stehen.

Wenn der Haushalt jährlich aufgestellt wird, dann fängt die Verwaltung nach den Sommerferien an, die jeweiligen, im Frühsommer gefertigten Haushaltsanmeldungen der Fachämter zu einem Haushaltsentwurf zusammenzustellen. Sobald dieser Entwurf fertig ist, wird er der Politik zugeleitet, die dann entscheiden muß. Spätestens jetzt müssen Anträge vorliegen, wenn die diesen Anträgen zugrundeliegenden Projekte im Jahr darauf umgesetzt werden sollen. Wenn der Haushalt verabschiedet ist, kann die Realisierung einer Idee über ein Jahr später erst eine neue Chance erhalten. Es obliegt allein der Politik, diese Anträge in den Entscheidungsprozeß einzubringen. Eine gute Idee, die sich kommunal bewährt hat, ist die Einrichtung von »Förderpools«, deren Höhe politisch festgelegt wird, deren konkrete Auswirkungen jedoch individuell und selbsthilfegruppenbezogen neu bestimmt werden können. Dabei sollten die Gruppen unabhängig davon gefördert werden, ob sie ein eingetragener Verein oder eine lose Initiative sind. Hier gilt es sachgerechte und dem Charakter der lokalen Selbsthilfe-Szene zugeschnittene Förderkriterien zu entwickeln.

Wenn dann ein Projekt mit einem Haushaltstitel und einem Budget versehen im Haushalt einer Kommune vermerkt ist (zum Beispiel ein »Förderpool«), bedarf es in der Regel eines weiteren Ausschußbeschlusses, um diese Gelder freizugeben. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Politik grundsätzliche, konzeptionelle Angelegenheiten – zum Beispiel die Neueinrichtung einer Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen – zu verabschieden hat. Aber auch die Freigabe der Zuschüsse an Selbsthilfegruppen müssen durch den Ausschuß laufen. Dafür müssen allerdings zuvor Richtlinien erlassen worden sein, die nachvollziehbar die Kriterien der Zuschußvergabe wiedergeben. In diese Entscheidungsprozesse sollten Sie versuchen, Ihre jeweilige Sachkompetenz einzubringen. Dies gelingt umso leichter, wenn Vernetzungsstrukturen vorhanden sind.

Die Gemeindeordnungen kennen zum Beispiel die Institution eines »sachkundigen Einwohners«, der den Ausschuß in bestimmten Sachfragen berät. Dieser »sachkundige Einwohner« hat somit Rederecht, aber kein Stimmrecht.

## **Inhalte**

Jedes Thema braucht seine »Zeit« und sein »Umfeld«, um realisiert zu werden. Dies ist auf kommunalpolitischer Ebene nicht anders. Wenn Sie die Tagespolitik in den lokalen Medien verfolgen, bieten sich Ihnen immer wieder Aufhänger an, die geeignet sind, die Bedeutung Ihres Themas aufzuzeigen. Das ist wichtig, weil – es ist oben schon betont worden – Politik, Verwaltung wie auch gesellschaftliche Verbündete darauf angewiesen sind, im Zeitalter knapper öffentlicher Finanzmittel Synergie-Effekte zu erzielen.

Aufhänger für das Thema Selbsthilfe können die unter 2. aufgeführten Diskussionszusammenhänge sein.

## **Resumée**

Wer von seiner Idee und seinem Handeln (hier der Selbsthilfe-Arbeit) überzeugt ist, der wird auch überzeugend auf Dritte wirken. Vorausgesetzt es gelingt, die Inhalte und Diskussionszusammenhänge argumentativ vorzubringen, die es ermöglichen, die Ziele der

Selbsthilfe synergetisch mit anderen kommunalen Zielen verschmelzen zu lassen. Das allein reicht natürlich nicht, wenn die kommunalen Ansprechpartner und Entscheidungswege nicht bekannt sind. Jede Idee braucht auch Verbündete. Neben dem Erkenntniswissen sollte sich das unbedingt notwendige Handlungswissen verankern, um erfolgreich sein zu können. Dann werden Sie Ihre Ideen und Wünsche auch vor Ort umsetzen können. Viel Erfolg.

### **Literatur**

Engelhardt, Hans Dietrich u. a.: Was Selbsthilfe leistet ... Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Bewertung. Freiburg, 1995.

Kösters, Winfried: Vom Ich zum Wir. Selbsthilfegruppen finden, gründen, führen. Stuttgart, 1992.

Kösters, Winfried: Das Ehrenamt im Wandel der Zeit – Kommunale Rahmenbedingungen neu formulieren. In: Handbuch Kommunale Politik, 15. Erg.-Lfg., August 1998. Düsseldorf, 1998.

Matzat, Jürgen: Wegweiser Selbsthilfegruppen. Gießen, 1997.

Moeller, Michael Lukas: Selbsthilfegruppen. Anleitungen und Hintergründe. Reinbek bei Hamburg, 1996.

Dr. Winfried Kösters ist Politikwissenschaftler und arbeitet als freiberuflicher Journalist und Publizist. Er ist Vorsitzender des Jugendhilfe-Ausschusses der Kreisstadt Bergheim.